Ohne Druck geht es nicht

UN-Generalsekretär sieht einen planetaren Notstand. Welternährung in Gefahr. Weltweite Proteste für Umweltschutz. **Von Wolfgang Pomrehn**

In über 400 Städten gehen an diesem Freitag in Deutschland Jugendliche und Erwachsene auf die Straße, um Klimaschutz einzufordern. Auch anderswo wird demonstriert. Weltweit sind vom norwegischen Ny-Ålesund auf Spitzbergen bis ins südafrikanische Kapstadt, vom südargentinischen Trelew über das indische Mumbai bis ins chinesische Shanghai in 1.341 Orten Aktionen angekündigt. Aufgerufen hat Fridays for Future, die internationale Klimaschutzbewegung der Jugend. Gewerkschaften, Umweltschutzverbände, das Flüchtlingshilfswerk »Seebrücke« und nicht zuletzt die »Scientists for Future«, ein Netzwerk Zehntausender Klimawissenschaftler aus zahlreichen Ländern, fordern zur Beteiligung auf.

Erst kürzlich hatte nach einem Bericht des britischen Senders *BBC* eine internationale Umfrage unter jungen Menschen bis 24 ergeben, dass annähernd 60 Prozent von ihnen wegen des Klimawandels »sehr« oder »extrem« besorgt sind. Und das aus gutem Grund. »Wir haben einen planetaren Notstand«, hatte UN-Generalsekretär António Guterres am Dienstag vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen verkündet und für die junge Generation »einen Platz am Tisch« gefordert.

Die Zeit dafür ist überfällig. Am Mittwoch hatte der Deutsche Wetterdienst auf dem noch bis zum heutigen Freitag tagenden Extremwetterkongress in Hamburg darauf hingewiesen, dass hierzulande die Erwärmung noch schneller als im globalen Durchschnitt verläuft. Um 1,6 Grad Celsius ist die Jahresdurchschnittstemperatur über dem heutigen Bundesgebiet seit 1881 gestiegen. Die Zahl heißer Tage mit Temperaturen von mindestens 30 Grad Celsius hat sich seit 1950 von drei auf inzwischen durchschnittlich neun pro Jahr vervielfacht. Verbunden mit längeren Phasen ohne Niederschlag führt das inzwischen zu vermehrter Trockenheit, wie wir das zuletzt von 2018 bis 2020 besonders extrem erleben konnten.

CHRISTIAN ITSCHKE

Protestaktion auf der Berliner Oberbaumbrücke beim Klimastreik am 19. März

Und ein Ende dieser Entwicklung ist nicht in Sicht. Vergangene Woche hatte ein Bericht der Vereinten Nationen gezeigt, dass die Welt mit den bisher von den Staaten zugesagten Klimaschutzmaßnahmen noch immer auf eine Erwärmung von 2,7 Grad Celsius zusteuert. Unter solchen Bedingungen würden Hitzewellen, Dürren und starke Niederschläge im großen Umfang weiter zunehmen. Schon mit der bereits erreichten globalen Erwärmung um rund 1,1 Grad Celsius ist ein Ereignis wie das katastrophale Julihochwasser im Rheinland um das 1,3- bis Neunfache wahrscheinlicher geworden, hatte ein internationales Wissenschaftlerteam im August berechnet.

Ebenfalls vergangene Woche hatte ein Expertenbericht für die diesjährige UN-Klimakonferenz auf die wachsenden Gefahren für die Welternährung hingewiesen. Wenn die Treibhausgasemissionen nicht drastisch reduziert würden, könnten bis 2050 die Erträge bei den Grundnahrungsmitteln um ein Drittel zurückgehen. Dann könnten jährlich gut 30 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen von Dürre betroffen sein. Gegenüber dem derzeitigen Durchschnitt wäre das eine Verdreifachung.

Vor sechs Jahren hatte sich die Weltgemeinschaft in Paris darauf geeinigt, die globale Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius gegenüber dem vorindustriellen Niveau und möglichst auf nicht mehr als 1,5 Grad Celsius zu beschränken. Jenseits der 1,5 Grad Celsius nehmen die Risiken für verschiedene Komponenten des Klimasystems rasch zu, hatte der Weltklimarat 2018 den Stand der Forschung zusammengefasst. Unter anderem könnten auf Grönland und in der Antarktis große Eismassen unwiederbringlich destabilisiert werden. Die langfristigen Folgen für den Meeresspiegel wären fatal. Dessen Anstieg um zwei Meter bis zum Ende des Jahrhunderts sei zwar nach wie vor unwahrscheinlich, aber nicht mehr auszuschließen, wenn den Emissionen nicht rasch Einhalt geboten wird.

Doch es wird weiter gezögert. Selbst die ehrgeizigsten zur Bundestagswahl von den größeren Parteien vorgelegten Programme, die der Linkspartei und der Grünen, führen noch in eine Welt jenseits der 1,5 Grad Celsius. Ganz egal also, wie am Sonntag die Wahl ausgeht: Ohne eine starke Klimabewegung wird sich hierzulande zuwenig ändern.

■ Hintergrund

Der Markt richtet es nicht

Für die Freunde des Marktes gilt die Bepreisung der Treibhausgasemissionen als der Königsweg. Jede Tonne CO_2 müsse ihren Preis haben und nur teuer genug sein, dann würden zum Beispiel die Kohlekraftwerke vom Markt verschwinden.

Klingt plausibel, doch in der Realität zeigt sich, dass es sehr auf die Stellschrauben ankommt, die ein solches Preissystem hat. Man kann die Emissionen einfach besteuern, wie es einige Länder wie etwa Dänemark machen. Dann kann der Gesetzgeber direkt und für die Bürger relativ transparent an den Schrauben drehen.

Man kann auch, wie es in der EU seit 2005 gemacht wird, CO_2-Zertifikate einführen, die für Emissionen vorgelegt und an den Börsen gehandelt werden. Die Sache hat jedoch drei große Haken: In den ersten Jahren wurden die Zertifikate verschenkt und der Markt zum zweiten auch noch förmlich mit ihnen überschwemmt. Schließlich haben die Papiere auch noch eine sehr lange Gültigkeit. Das Ergebnis: Bis vor kurzem war der Preis extrem niedrig, so dass keinerlei Steuerungseffekt erzeugt wurde.

Inzwischen ist er zwar mit rund 60 Euro pro Tonne endlich in Höhen gestiegen, in denen Kohlekraftwerke unrentabel werden sollten. Nur haben sich erstens Konzerne zuvor reichlich mit billigen Zertifikaten eingedeckt, so dass zum Beispiel RWE angibt, sich bis 2030 um den CO_2-Preis keine Sorgen machen zu müssen. Zweitens haben die letzten drei Bundesregierungen den Ausbau von Solar- und Windenergie stark behindert. Entsprechend wurde das Stromangebot in den letzten Monaten knapp, was den Preis an der Strombörse und damit die Gewinne der Kraftwerksbetreiber kräftig steigen lässt.

Dabei könnte der Anteil der erneuerbaren Energieträger an der Stromversorgung statt bei derzeit knapp 50 Prozent längst bei etwas über 60 Prozent liegen. Doch 2012 haben Union und FDP den Ausbau der Solarenergie abgewürgt. Außerdem führte die große Koalition in den Folgejahren hohe bürokratische Hürden für die Windenergie ein.

So haben 2021 denn die Kohlekraftwerke deutlich mehr Strom als in den Vorjahren geliefert, RWE & Co. die Taschen gefüllt und Deutschlands CO_2-Emissionen so stark ansteigen lassen, wie seit vielen Jahrzehnten nicht mehr. Und das obwohl eine ganze Reihe von Kraftwerken gegen großzügige Entschädigung stillgelegt wurden. Auch das wurde übrigens per Auktion geregelt, so dass in Hamburg zwei erst 2015 in Betrieb genommene moderne Steinkohleblöcke vom Netz gingen, während die wesentlich mehr CO_2 pro Kilowattstunde erzeugenden Braunkohleblöcke von RWE weiterlaufen.

Vielleicht sollte man es einfach mal mit weniger Markt und einem ambitionierten Klimaschutzplan versuchen. (wop)

»Militär heizt Klimakrise weiter an«

Weltweite Aufrüstung ist Teil des Problems. NATO und BRD mischen dabei kräftig mit. **Ein Gespräch mit Angelika Claußen**

IPPNW

Angelika Claußen ist Kovorsitzende der deutschen IPPNW und Präsidentin der IPPNW Europa

An diesem Freitag ruft »Fridays for Future« erneut zum Klimastreik auf. Die Organisation »Internationale Ärzt*innen zur Verhütung des Atomkrieges / Ärzt*innen in sozialer Verantwortung«, kurz IPPNW, wird sich an den Protesten beteiligen. Wieso beschäftigen Sie sich mit dem Kampf gegen den Klimawandel?

Leben und Gesundheit sind derzeit doppelt bedroht – durch die fortschreitende Klimakatastrophe und die wachsende Atomkriegsgefahr. Zu beidem trägt die weltweite Aufrüstung mit fast 2.000 Milliarden US-Dollar 2020 in erheblichem Maße bei. Allein die NATO-Staaten sind für 55 Prozent der Ausgaben verantwortlich.

Militärische Abschreckungsstrategien gelten allgemein als Mittel globaler »Sicherheit« – atomare Aufrüstung eingeschlossen. Doch das Gegenteil ist der Fall: Krieg, Militär und die Rüstungsindustrie heizen die Klimakrise weiter an – diese wiederum provoziert Hunger, Krisen und Kriege. Ein Teufelskreis.

Sie kritisieren den CO_2-Fußabdruck des Militärs. Lässt sich der beziffern?

Eine aktuelle Studie des »Conflict and Environment Observatory« schätzt den CO_2-Fußabdruck des Militärs in der EU im Jahr 2019 auf 24,8 Millionen Tonnen CO_2-Äquivalent (durch diese Maßeinheit soll der Effekt aller Treibhausgase aufs Klima vergleichbar gemacht werden, *jW*). Deutschlands Militär allein trägt demnach 4,53 Millionen Tonnen bei. Gemeinsam mit einer Gruppe internationaler Klima- und Friedensgruppen fordert die IPPNW für die in wenigen Wochen beginnende UN-Klimakonferenz in Glasgow Transparenz im Umgang mit dem CO_2-Fußabdruck des Militärs. Im Kyoto-Abkommen von 1997 wurden die militärischen Treibhausgasemissionen auf Forderung der US-Regierung von den Klimaverhandlungen ausgenommen.

Von der neuen Bundesregierung erwarten wir eine zeitnahe, umfassende Reduktion des Militärhaushalts entsprechend der Klimaschutzziele und eine Trendwende zur Abrüstung als Teil von Klimaschutz. Das impliziert auch eine deutliche Absage an die Forderung der US-Regierung, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für die NATO bereitzustellen.

Angenommen, Bundeswehr-Panzer und -Militärjets werden künftig elektrisch betrieben, mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen: Hätten Sie dann Ihr Ziel erreicht?

Nein, keineswegs. Wir sehen Friedenspolitik als eine umfassende Aufgabe an. Die IPPNW fordert eine Abkehr der bisherigen militärgestützten hin zu einer zivilen Sicherheitspolitik. Deutschland muss Abrüstung, atomar wie konventionell, auf die Tagesordnung setzen. Dazu gehört auch, dass Waffenexporte in Krisengebiete wirksam verboten werden müssen. Das Ende der sogenannten nuklearen Teilhabe Deutschlands und der Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag gehören auf die Agenda jeder neuen Bundesregierung.

Kriege werden nicht geführt, um CO_2 auszustoßen. Imperialistische Staaten setzen vielmehr ihre Interessen auch mit militärischen Mitteln um. Bräuchte es da nicht eine grundlegendere Kritik an NATO und Co.?

Der erste Schritt, die NATO-Politik zu verändern, bedeutet, das Dogma der nuklearen Abschreckung in Frage zu stellen. Das ist kein Wunschdenken: Abrüstung ist Realpolitik. Denn nur so kann das notwendige Geld zur Eindämmung der Klimakatastrophe bereitgestellt werden.

Interview: Jan Greve